

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Herriot heute vor der Kammer.

Kurze Regierungserklärung - Geringe Aussichten für Mehrheit.

Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die in der heutigen, um 5 Uhr beginnenden Kammer Sitzung zu verlesende Regierungserklärung des neuen Kabinetts wird sehr kurz sein. Ihr Text soll höchstens 20 Zeilen umfassen. Sofort nach Verlesung der Erklärung wird Finanzminister de Monzie seine im Laufe der vergangenen Nacht ausgearbeitete Finanzvorlage in der Kammer einbringen und eine möglichst rasche Beratung verlangen. Die sich anschließende Abstimmung wird aller Voraussicht nach für das Ministerium Herriot ungünstig ausfallen. Selbst die Blätter der Linken glauben nicht an einen Erfolg des Kabinetts, dessen Lage sich im Zusammenhang mit dem am Dienstag erfolgten neuen Frankensurz und der dadurch hervorgerufenen Panikstimmung bedeutend verschlechtert hat. Bezeichnend ist, daß in der eigenen Fraktion Herriots, bei den Radikalsocialisten, ein Antrag, dem neuen Kabinett das Vertrauen auszusprechen, keine Mehrheit fand (!) und die Abstimmung infolgedessen ausgefallen war.

#### Eine neue interfraktionelle Gruppe.

Paris, 21. Juli. (WTB.) Der sozialistisch-republikanische Abgeordnete Morinaud, der, wie gemeldet, Unterschriften für eine Eingabe an den Präsidenten der Republik sammelte, um diesen aufzufordern, angesichts der heillosen Finanzlage ein Ministerium der nationalen Einheit zu bilden, hat nunmehr beschlossen, eine interfraktionelle Gruppe zur Durchführung seines Programms zu gründen. Es haben gestern in der Kammer wiederholt Beratungen stattgefunden, um diese Gruppe zu bilden, die sich „Interfraktionelle Republikanische Gruppe für das öffentliche Wohl“ nennen soll. Eine Gründungsversammlung ist für morgen anberaumt, und zwar werden an ihr, wie Havas berichtet, auch radikale, sozialistisch-republikanische Abgeordnete der Mittelgruppen teilnehmen.

#### Spekula in New York.

New York, 21. Juli. (CP.) Die „New York World“ schreibt zur französischen Finanzkrise: Die Mehrheit, auf die ein Kabinett Herriot rechnen könnte, werde unfähig sein, den Frankensurz vom vollständigen Verfall zu retten. — Die „New York Times“ erklären, wenn die neue Regierung ihre Tätigkeit damit beginne, neue Banknoten zu drucken, so täte sie am besten daran, auf die Banknoten die Worte zu setzen „finis franci“ („Ende des Franken“). — Der „New York Herald“ schreibt: Wenn Frankreich im Jahre 1922 seine Hegemoniepläne über Europa aufgegeben und sich damit begnügt hätte, die Rolle zu spielen, die ihm in Europa naturgemäß zukomme, wäre es ihm damals leicht möglich gewesen, seine Finanzen wieder herzustellen. — Der „Evening

Telegraph“ fordert, daß die amerikanische öffentliche Meinung sich durch den Frankensurz nicht einschüchtern lasse und am Abkommen Mellon-Berenger festhalte.

#### Bestrafung von Börsenmaklern.

Paris, 21. Juli. (WTB.) Die Bereinigung der vereidigten Makler der Produktionsbörse hat auf Grund einer polizeilichen Anzeige zwei Makler wegen unlauterer Geschäfte im Zusammenhang mit der letzten Devisenhausse auf drei Monate ausgeschlossen.

#### Pfundrechnung in Belgien.

Brüssel, 21. Juli. (CP.) Die belgischen Kohlenexporteure haben beschlossen, die Preise für belgische Kohle in Zukunft in englischen Pfunden zu berechnen und haben von diesem Beschluß alle ausländischen Abnehmer verständigt.

#### Die interalliierte Schuldendiskussion.

Verstimmung in England und Amerika.

London, 21. Juli. (TL.) Die englisch-amerikanische Kriegsschuldentkontroverse dauert an. Nach Berichten aus New York, die in den Morgenblättern ausführlich wiedergegeben werden, hat die vorgestrigte Unterhausdebatte, in der die Redner aller Parteien den Amerikanern vorwarfen, hartherzige und selbstsüchtige Geldverleihen zu sein, in den Vereinigten Staaten große Verstimmung verursacht. Die Rothenmere-Presse unter Führung der „Daily Mail“ greift auch heute die amerikanische Schuldpolitik in spaltenlangen Artikeln heftig an, nur die Beaverbrook-Blätter mahnen zur Vorsicht. Wenn man mit der anti-amerikanischen Propaganda fortfahre, sei zu befürchten, daß die vielen tausende amerikanischen Gäste, die Europa alljährlich besuchen, in Zukunft ihr Geld anderswo ausgeben würden. Das würde man an der Riviera ebenso empfindlich spüren, wie in der Londoner Geschäftswelt, wo man während der Sommermonate den amerikanischen Gästen die besten Einnahmen verdanke.

#### Mellon antwortet Churchill.

New York, 20. Juli. (WTB.) Das Schahamt veröffentlichte Belege zur Erhärtung der Behauptung des Schahsekretärs Mellon, daß ein großer Teil der englischen Anleihe in Amerika für geschäftliche und nicht für Kriegszwecke aufgenommen worden sei. Der stellvertretende Schahsekretär Winston hob hervor, daß von den sieben Milliarden 200 Millionen, die England zwischen April 1917 und November 1920 in den Vereinigten Staaten verausgabte, allein eine Milliarde 853 Millionen von England als Einkäufer für seine Alliierten ausgegeben worden seien.

### Bombenattentat in Kattowitz.

Gegen das Korfanthblatt.

Kattowitz, 21. Juli. (WTB.) In der Nacht zum Dienstag wurde gegen das Verlagsgebäude des hier erscheinenden Korfanthblattes „Polonia“ ein Bombenattentat verübt. Dank der Aufmerksamkeit eines Wächters wurden die Täter mit Hilfe der schnell herbeigerufenen Polizei in dem Augenblick gefasst, in dem sie die Tat ausführen wollten. Im ganzen wurden fünf Personen verhaftet. Bei einem Verhafteten wurde eine Dynamitbombe im Gewicht von 12 Kilogramm gefunden. Die Verhafteten sind sämtlich Mitglieder des ausländischen Verbandes. Sie geben zu, einen Anschlag auf die „Polonia“ „aus moralischen Gründen“ geplant zu haben.

In der gleichen Nacht wurde im Theateraal von Kattowitz-Josephsdorf ein Bombenattentat verübt. Durch die Explosion wurde ziemlich erheblicher Sachschaden verursacht. Kurz vorher hatte in dem Saal eine Veranstaltung des Simon-Paul-Vereins stattgefunden, der aller Wahrscheinlichkeit nach der Anschlag galt. Nur durch den Umstand, daß die Bombe, die schon vor der Veranstaltung gelegt worden sein muß, verzögert zur Explosion kam, ist ein unübersehbares Unglück vermieden worden. Den Tätern soll man auf der Spur sein.

### Der Magdeburger Skandal.

Der verhaftete Chauffeur Große freigelassen.

Durch WTB. werden Äußerungen des Magdeburger Untersuchungsrichters Kölling verbreitet, die heute in der „Magdeburger Zeitung“ erschienen sind und die ein ausführliches Bild über die Vorgänge im Magdeburger Kriminalpolizeistellen Handlungen sowie eine scharfe Polemik gegen das Vorgehen des Berliner Kommissars Busdorf darstellen. Der Untersuchungsrichter bestreitet, daß die Leiche des Helling zunächst durch Busdorf in Groß-Rottmersleben festgestellt und behauptet, sie sei in Wirklichkeit auf Grund eines plötzlichen Geständnisses des Schröder (?) durch den Magdeburger Kommissar Tenholt dort entdeckt worden. Was dieser Untersuchungsrichter aber nicht in Abrede stellen kann, das ist, daß sowohl er wie seine Magdeburger Gehilfen mehr als vier Monate nach der Verhaftung des Schröder noch immer nicht auf den Gedanken gekommen waren, nach Groß-Rottmersleben zu fahren und das Haus des Mannes zu durchsuchen, in dessen Besitz das

Schedebuch und die Uhren des vermißten Helling gefunden worden waren. Allein diese Tatsache ist so hahnhebend, daß die Hersen Kölling und Tenholt kriminalistisch damit ein für allemal erledigt sind.

Aus seinen weiteren Äußerungen geht deutlich hervor, daß Kölling von der ersten Stunde an die Anwesenheit Busdors in Magdeburg sehr unangenehm empfand und daß er ihn möglichst schnell und weit mit einem gleichgültigen Auftrag nach Schandau abschieben wollte. Schließlich teilt Kölling mit, daß er die Haftentlassung des Chauffeurs Große bereits angeordnet habe, weil dessen Verhaftung durch Busdorf und nicht auf seine Anordnung erfolgt sei.

### Passive Handelsbilanz.

Der deutsche Außenhandel im Juni 1926.

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist im Juni zum ersten Male in diesem Jahre passiv. Der Einfuhrüberschuss im Juni beträgt insgesamt 35 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 33 Millionen Reichsmark, während der Mai einen Ausfuhrüberschuss von 27 Millionen Reichsmark, der April von 56 Millionen Reichsmark aufwies.

Die reine Wareneinfuhr im Juni zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 89 Millionen Reichsmark. An der Steigerung sind sämtliche Gruppen beteiligt. Die Rohstoffe und halbfertigen Waren weisen mit 62 Millionen Reichsmark die beträchtlichste Zunahme auf; es folgen dann Fertigwaren mit 14 Millionen Reichsmark und Lebensmittel und Getränke mit 11 Millionen Reichsmark. Auch die Ausfuhr weist eine, wenn auch geringere, Zunahme auf. Die reine Warenausfuhr ist um 30 Millionen Reichsmark gestiegen, daran ist die Rohstoffausfuhr mit 25 Millionen Reichsmark und die Fertigwarenausfuhr nur mit 3 Millionen Reichsmark beteiligt.

### Danzigs Finanzkrise.

Eine Folge des Stützsturzes.

London, 21. Juli. (CP.) Das Finanzkomitee des Völkerbundes befaßte sich an seinem zweiten Sitzungstage in London fast ausschließlich mit der Danziger Frage. Der frühere belgische Finanzminister Janssen verlas einen fünfzigseitigen Bericht. Die Gründe der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt sind vor allem durch den Ausfall infolge der Verquickung mit dem polnischen Zollsystem und dem Fall des Stütz verursacht.

### Das Rumänien Averescus.

Nach den sogenannten „Parlamentwahlen“.

Von Hermann Wendel.

Die Artikel der bürgerlichen Presse Deutschlands über die Zustände in Rumänien sind neuerdings wenigstens infolgedessen mit besonderer Vorsicht zu genießen, als sie aus der Feder von Siebenbürger Sachsen oder Banater Schwaben, also rumänischer Deutscher, stammen. Denn für das Vinsengericht von einem Duzend Kammerherren und für ebenso schöne wie leere Versprechungen hat sich die Partei der Deutschen bereit gefunden, bei den letzten Wahlen die Regierungskandidaten bedingungslos zu unterstützen und scheint jetzt willens, mit dem Regime Averescu durch dick und dünn zu gehen. In den Artikeln, die ihre Mitglieder an reichsdeutsche Blätter schreiben, wird deshalb über die Verhältnisse in Rumänien der Schleier rosenroter Illusion gebreitet; selbst in einem sehr ernst zu nehmenden großen demokratischen Blatt konnte man dieser Tage staunend lesen, daß die Wahlen in diesem Lande sonst, und überdies erhielt der neue Ministerpräsident einen Fleißzettel, weil sein Programm auf „energisches Schutze der bürgerlichen Ordnung“ abzielt. Mit dieser unruhmlüchigen Rolle setzen die Deutschen eine üble Ueberlieferung aus den Tagen der Habsburgerherrschaft fort, wo sie auch im europäischen Südosten als Büttel einer schäbigen Reaktion und als Bremsklötze des Fortschritts der Balkanvölker wirkten.

Die angebotene Hilfe nahm Averescu natürlich mit Aufhand an. In Rumänien geht es nämlich ein wenig anders zu als in Staaten, in denen das parlamentarische System nicht nur eine Kulisse ist. Werden in diesen Ländern Wahlen ausgeschrieben, damit nach den Mehrheitsverhältnissen im neuen Parlament die neue Regierung gebildet wird, so kommt in Rumänien eine neue Regierung aus Ruder, damit sie die Wahlen „macht“ und die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ändert. Als in diesem Frühjahr die Liberalen Blut und Schmutz eines vierjährigen Terror- und Korruptionsregimes an den Sohlen abtraten und auf ihre Empfehlung Averescu mit dem Vorhitz des Wahlkabinetts betraut wurde, zählte seine „Volkspartei“ in der Kammer ganze sechs Abgeordnete. Diese Winzigkeit in eine Mehrheit zu verwandeln, tat er alles, um die Unterstützung auch der nationalen Minderheiten zu gewinnen, und verließ sich im übrigen auf die Knüttel seiner Organe. In der Tat entseffelten die Wahlen eine Schreckensherrschaft, wie sie auch im Rumänien der Bojaren unerhört gewesen war; kein Ringen zwischen Regierungspartei und Opposition war es, sondern ein Kampf von Gendarmerie, Polizei und Militär gegen das Volk. Dazu wirkte sich die Aenderung des Wahlgesetzes, das jetzt den Proporz mit Prämien zugunsten der stärksten Partei umfaßt, für Averescu aus. Obwohl seine Volkspartei mit 1336160 Stimmen nur über 52,09 Proz. der abgegebenen Zettel verfügte, heimste sie von 387 Mandaten 288 ein; der Block der bäuerlichen Zaraniisten und der kleinbürgerlichen Nationalpartei erhielt 727202 oder 27,73 Proz. der Stimmen, doch nur 77 Abgeordnete; die Liberalen, eben noch 200 Mann stark, wurden fast ganz zerrieben, und vollständig unter den Tisch fielen Sozialdemokraten und Kommunisten, von denen jene in den 23 der 71 Wahlkreise, in denen sie kandidierten, 40599, diese in ebenfalls 23 Kreisen 39203 Wähler an die Urnen brachten.

Wie in den Tagen der zügellosen Herrschaft Bratianus und seiner liberalen Trabanten des Finanzkapitals spiegelt sich in diesem Parlament die soziale Kräfteverteilung des Landes ganz verzerrt wieder, denn die Klassen, auf deren schaffender Arbeit sich das Staatsgebäude erhebt, Bürgerschaft, Bauerntum und Proletariat, sind entweder von der Macht ausgeschaltet oder in der Kammer gar nicht vertreten. Im Ruder findet sich eine bedenkenlose Sippe von Strebern, Spekulanten und Gewinnjägern, deren einziges Ziel — unter der höhnischen Losung: Arbeit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit! — die schamlose Ausplünderung des Landes und die gewalttätige Niederhaltung des Volkswiderstandes ist. Nur zählt Averescu, obwohl er sonst als Plaghalter der Liberalen gilt, wenigstens in der Wirtschaftspolitik das Pferd andersherum auf als sein Vorgänger. Weil selber essen fett macht, betriebe die Liberalen eine scharfe Verdrängung des ausländischen Kapitals; in der wichtigsten, in der Erdölindustrie, stellten 1913 91 Proz., im Jahre 1924 nur mehr 39 Proz. fremden Kapitals, und im gleichen Maße wuchs der Anteil des rumänischen Kapitals. Nebenher lief der Versuch Bratianus, den Lei auf den Goldstand hinaufzuschrauben; daß dieses Deflationsprogramm vom Ziele immer weiter abführte, war einer der Gründe, weshalb die Liberalen die Zügel schließlich aus der Hand gaben. Lediglich beflissen, den Lei zu stabilisieren statt zu revalorisieren, macht Averescu es umgekehrt: er verdoppelt den Notenumlauf, zieht durch Anleihen, zunächst in Italien, fremdes Kapital ins Land und gibt den Getreideexport frei. Wie weit diese Mittel reichen, wird sich sehr bald zeigen.

In der inneren Politik aber gleicht, namentlich was die Gewaltanwendung gegen jede oppositionelle Regung angeht, das Regime Averescu dem Regime Bratianu wie ein faules Ei dem andern. Averescu ist mit Ueberzeugung General, und mit dem Faschismus liebäugelte er schon immer; ist Mussolini ein Napoleonchen, so möchte Averescu mindestens ein Mussolinchen sein.





